

EKKEHART SCHMIDT
Volkswirt

Die Glaubwürdigkeit der EZB leidet

Europa kommt nur zaghaft aus der Finanz-, Schulden- und Wirtschaftskrise. Der Europäischen Zentralbank (EZB) kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Welcher Weg ist der richtige zwischen Niedrigzins und Niedriginflation, Deflationsangst und schleppender Kreditvergabe? Ist die Gefahr real, oder ist Deflation nicht eher etwas Theoretisches? Wo muss, soll oder darf die Zentralbank eingreifen? Der Wirtschaftswissenschaftler Ekkehart Schmidt von etika asbl zweifelt an der EZB-Politik:

„Zwei Sichtweisen stehen im Widerstreit: Können wir den Marktkräften soweit vertrauen, dass ihr freies Spiel insgesamt dem Gemeinwohl dient, oder versagt dieser freie Markt in bestimmten Bereichen derart, dass der Staat eingreifen muss? Besonders augenscheinlich wird dies aktuell in den Beurteilungen der Politik der Europäischen Zentralbank.“

Die EZB ist zur Gewährleistung von Preisstabilität verpflichtet – diese zentrale Aufgabe der Geldpolitik kann sie durch Beeinflussung der Geldmenge über das Instrument des Leitzinses erfüllen. Preisstabilität wird als erreicht definiert, wenn die Inflationsrate zwei Prozent nicht übersteigt. Die EZB-Entscheidung vom Donnerstag, den Leitzins auf dem historischen Niedrigstand von 0,05 Prozent zu belassen, ist geldpolitisch nachvollziehbar.

Wenngleich wegen einer kurzfristig sehr niedrigen Inflationsrate viel vor Deflation gewarnt wird, scheint die EZB das Inflationsziel mittelfristig im Griff zu haben.

Seit Ausbruch der Eurokrise und der seitdem praktizierten Austeritätspolitik wird sie jedoch von Marktskeptikern unter Druck gesetzt,

auch die Anknüpfung des Wachstums im Euroraum zum Ziel zu nehmen, das heißt: Fiskalpolitik zu betreiben. Ein niedriger Leitzins, also eine Situation, in der sich Banken bei der EZB fast umsonst Geld leihen können, soll als Anreiz zu Investitionen dienen und so Wachstumsimpulse erzeugen, die Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung abzubauen helfen. Letztlich geht es um die Rettung des Euro. So gesehen wurde die Entscheidung vom Donnerstag schon am Freitag durch das EU-Statistikamt kommentiert, als es Wachstumsraten von nur 0,2% im Euroraum bekannt gab. Die Anreize scheinen also nichts zu bewirken.

Der Richtungsstreit unter Fachleuten hat mittlerweile drei Dimensionen erreicht: Ist die EZB in ihrer Hauptaufgabe erfolgreich oder läuft sie Gefahr, Deflation zu produzieren? Betreibt sie ihrer Aufgabe entsprechend tatsächlich und unabhängig von der Politik nur Geldpolitik oder nicht doch auch Fiskalpolitik? Sollte letzteres zutreffen: Ist sie dazu demokratisch legitimiert?

Böse Zungen behaupten ja sogar, dass die ‚Niedrig-Inflationsbekämpfung‘ nur ein Vorwand sei, die Interessen mancher Akteure aus der Großfinanz zu bedienen: Diese können sich so billig wie nie zuvor bei der EZB refinanzieren, investieren aber kaum stärker in die Realökonomie, sondern nutzen die Chance, mit virtuellen Operationen an den Finanzmärkten noch leichter Geld zu verdienen. Was volkswirtschaftlich kein Problem löst. Wenn dem aber so wäre, hätte man den Bock zum Gärtner gemacht. Interessenskonflikte werden gerade EZB-Chef Mario Draghi nicht von ungefähr vorgeworfen, war er doch nicht nur Vize-Präsident von Goldman Sachs, sondern ist auch bis heute Mitglied der ‚Group of Thirty‘, die als Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft gilt. Wie dem auch sei: Die Glaubwürdigkeit der EZB hat stark gelitten.“

„Die Anreize scheinen
realwirtschaftlich nichts zu bewirken.“

